

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt der Stadt Baesweiler am 06.03.2007 im Sitzungssaal des Rathauses Setterich

Beginn: 18.00 Uhr
Ende: 18.50 Uhr

Anwesend waren:

a) stimmberechtigte Mitglieder:

Menke, Wilfried, **als Vorsitzender**
Beckers, Rolf
 für Deserno, Hans-Dieter
Dederichs, Norbert,
 für Schöneborn, Christian
Derichs, Hubert
Feldeisen, Willy
Fritsch, Dieter
 für Theil, Hans-Erich
Hüttner, Manfred
Laufer, Jürgen
Lux, Heiko
Mandelartz, Alfred
Mohr, Christoph
Neumann, Georg
 für Geller, Thomas
Nohr, Jens
Schmidt, Kathi
Zillgens, Bruno

b) beratendes Mitglied:
Nüßer, Hans

c) von der Verwaltung:

I. und Techn. Beigeordneter Strauch
StAR Hartrampf
StA Schröter als Schriftführer

Die Mitglieder des Ausschusses waren durch Einladung vom 26.02.2007 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden. Der Ausschuss war nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, stellte die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte die Vertreter der Verwaltung und der Presse.

T A G E S O R D N U N G :

A) Öffentliche Sitzung

1. Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 19.09.2006
2. Parksituation in der Geschwister-Scholl-Straße im Bereich der Häuser 2 bis 16
3. Parksituation in der Martinstraße
4. Verkehrssituation Löffelstraße/Kückstraße
5. Aufstellen eines Verkehrsspiegels an der Einmündung Mariastraße/Löffelstraße
6. Verkehrssituation in der Friedrichsstraße
7. Verkehrssituation in den Straßen „Am Weiher“ und „Straußende“;
hier: Antrag eines Anwohners
8. Verkehrssituation auf der Josefstraße;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 08.01.2007
9. Verkehrssituation in der Straße „Zur Baumschule“
10. Verkehrsrechtliche Situation in der Verbindungsstraße zwischen der Straße „Im Kirchwinkel“ und Leostraße
11. Verbesserung der Sicherheit der Baesweiler Kreisverkehre;
hier: Anregung nach § 24 GO NW
12. Ausweisung von Fußgängerüberwegen im Stadtgebiet Baesweiler
13. Abfallentsorgung;
hier: Neufassung der Satzung vom 24.03.2006 über die Abfallentsorgung in der Stadt Baesweiler
14. Mitteilungen der Verwaltung
15. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nicht öffentliche Sitzung

16. Mitteilungen der Verwaltung
17. Anfragen von Ausschussmitgliedern

A) Öffentliche Sitzung**1. Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 19.09.2006**

Ausschussmitglied Mandelartz erklärte für die SPD-Fraktion, dass in der Niederschrift zu TOP 8 der letzten Verkehrs- und Umweltausschusssitzung die Sachlage nicht richtig wiedergegeben worden sei. Dort heiße es, dass „der Sachverhalt zwischen den Fraktionen kontrovers diskutiert wurde“. Herr Mandelartz stellte klar, dass nicht zwischen den Fraktionen kontrovers diskutiert wurde, sondern zwischen der SPD-Fraktion und der Verwaltung. Der Vorsitzende stellte fest, dass diese Anmerkung der SPD-Fraktion mit in die jetzige Niederschrift aufgenommen werde.

Sodann genehmigte der Ausschuss einstimmig die vorgenannte Niederschrift der Sitzung des Verkehrs- und Umweltausschusses vom 19.09.2006.

2. Parksituation in der Geschwister-Scholl-Straße im Bereich der Häuser 2 bis 16

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erklärte, dass bei der Verkehrskommissionsbereisung am 21.02.2007 die Verwaltung beauftragt worden sei, zu überprüfen, ob die Geschwister-Scholl-Straße zwischen der Bahnhofstraße und der betroffenen Kurve als „Verkehrsberuhigter Bereich“ ausgewiesen werden könne.

Als Ergebnis könne er mitteilen, dass bei der Ausweisung eines „verkehrsberuhigten Bereiches“ Stellplätze ausgewiesen werden müssten, was dazu führe, dass drei Parkplätze wegfallen würden. Darüber hinaus sei zu beachten, dass die Ausweisung eines „Verkehrsberuhigten Bereiches“ bedeuten würde, dass Kinder in diesem Doppelkurvenbereich auf der Straße spielen dürften.

Aufgrund der schlechten Sichtverhältnisse durch die Doppelkurve halte die Verwaltung dies allerdings nicht für sinnvoll, sodass er vorschlage, von der Ausweisung eines „Verkehrsberuhigten Bereiches“ abzusehen und statt dessen ein absolutes Halteverbot auszuweisen.

Ausschussmitglied Mohr erklärte für die CDU-Fraktion, dass seitens seiner Fraktion die Ausweisung eines „Verkehrsberuhigten Bereiches“ ebenfalls nicht befürwortet werde. Statt der Ausweisung eines absoluten Halteverbotes war innerhalb seiner Fraktion die Ausweisung einer durchgezogenen Linie angedacht worden. Wie er jetzt allerdings von Herrn Strauch gehört habe, sei dies nach den Vorschriften der StVO Gründen nicht möglich, sodass seine Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung folgen werde.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch ergänzte hierzu, dass nach verkehrsrechtlichen Vorschriften eine Mittelmarkierung und damit auch eine durchgezogene Linie erst bei einer Fahrbahnbreite von 5,50 m ausgewiesen werden dürfe. In der Geschwister-Scholl-Straße liege an dieser Stelle allerdings nur eine Fahrbahnbreite von 5,20 m vor, sodass eine Markierung nicht möglich sei.

Ausschussmitglied Mandelartz erklärte für die SPD-Fraktion, dass seine Fraktion die Ausweisung eines verkehrsberuhigten Bereiches befürwortet habe. Da dies allerdings nicht möglich sei, werde seine Fraktion dem Beschlussvorschlag folgen.

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass er dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er möchte an dieser Stelle allerdings anmerken, dass er es für sinnvoll halte, in solchen Wohngebieten statt „Tempo-30-Zonen“ „Tempo-20-Zonen“ auszuweisen, um so das Geschwindigkeitsniveau zu senken, aber auch um die Stellplätze beibehalten zu können.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 21.02.2007, TOP 1) beauftragte der Ausschuss einstimmig die Verwaltung, in der Geschwister-Scholl-Straße zwischen den Häusern 2 bis 16 ein absolutes Halteverbot auszuweisen.

3. Parksituation in der Martinstraße;

Ausschussmitglied Mandelartz stellte für seine Fraktion klar, dass er und damit seine Fraktion darum gebeten habe, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Dies sei nicht geschehen. Er fragte daher an, ob er zukünftig solche Anträge schriftlich an die Verwaltung zu stellen habe.

Der Vorsitzende erklärte hierzu, dass nach der Geschäftsordnung ein entsprechender Antrag schriftlich zu stellen sei, wenn im Namen einer Fraktion etwas beantragt werden solle. Ansonsten sei es sicherlich kein Problem, mündlich einen Antrag zu stellen, der dann - wie hier geschehen - mit in der Verkehrskommission behandelt werde.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 21.02.2007, TOP 2) beauftragte der Ausschuss einstimmig die Verwaltung, die neu geschaffene Zick-Zack-Markierung in der Martinstraße gegenüber dem Haus des Antragstellers zu entfernen und statt dessen dort ein absolutes Halteverbot für die Zeit von 7.30 bis 8.00 Uhr auszuweisen.

4. Verkehrssituation Löffelstraße/Kückstraße

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erklärte, dass der Verwaltung Beschwerden über die Verkehrssituation an der Einmündung Löffelstraße/Kückstraße vorliegen. Derzeit sind die Fahrzeuge, die aus Richtung Mariastraße die Löffelstraße befahren vorfahrtsberechtigt gegenüber den Fahrzeugen, die aus der Kückstraße kommen. Die Beschwerdeführer beklagen, dass diese Vorfahrtsregelung von dem überwiegenden Teil der Kraftfahrer nicht beachtet würde und darüber hinaus das Geschwindigkeitsniveau auf der Löffelstraße zu hoch sei. Der vorgenannte Einmündungsbereich liege innerhalb eines verkehrsberuhigten Bereiches, sodass hier Schrittgeschwindigkeit vorgeschrieben sei.

Zur Lösung der vorgenannten Verkehrssituation schlug Herr I. und Techn. Beigeordneter Strauch vor, in dem gepflasterten Bereich der Löffelstraße eine Bodenschwelle aufzubringen, um so den Verkehr in der Löffelstraße aus Richtung Mariastraße unmittelbar vor der Einmündung in die Kückstraße abzubremsen. Zusätzlich soll auf der Kückstraße eine Haifischzahn-Markierung aufgebracht werden, um so einen optischen Hinweis auf die Rechtsvor-links-Regelung zu geben und den Verkehr damit abzubremsen.

Ausschussmitglied Mohr erklärte für die CDU-Fraktion, dass er den Vorschlag der Verwaltung befürworte. Seiner Meinung nach wäre auch die Änderung der Vorfahrtsregelung möglich gewesen, die sich aber sicherlich nicht als sinnvoll erwiesen hätte.

Beschluss:

Die Mitglieder des Verkehrs- und Umweltausschusses beauftragten einstimmig die Verwaltung, in der Löffelstraße aus Richtung Mariastraße unmittelbar vor der Einmündung zur Kückstraße in dem derzeit gepflasterten Bereich eine Bodenschwelle aufzubringen.

Zusätzlich soll auf der Kückstraße - ebenfalls unmittelbar vor der Einmündungsbereich zur Löffelstraße - eine Haifischzahn-Markierung aufgebracht werden.

5. Aufstellen eines Verkehrsspiegels an der Einmündung Mariastraße/Löffelstraße

Auf Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 21.02.2007, TOP 4) beschloss der Verkehrs- und Umweltausschuss einstimmig, von der Ausweisung eines Verkehrsspiegels an der Einmündung Mariastraße/Löffelstraße in Fahrtrichtung Rathaus abzusehen, da hierfür keine Notwendigkeit gesehen wird.

6. Verkehrssituation in der Friedrichsstraße

Auf Vorschlag der Verkehrskommission ((Verkehrskommissionsbereisung am 21.02.2007, TOP 5) beauftragte der Ausschuss für Verkehr und Umwelt einstimmig die Verwaltung, in der Friedrichsstraße in Höhe des Kinderspielplatzes eine mobile Fahrbahnschwelle aufzubringen.

7. Verkehrssituation in den Straßen „Am Weiher“ und „Straußende; hier: Antrag eines Anwohners

Auf Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 21.02.2007, TOP 6) beauftragte der Verkehrs- und Umweltausschuss einstimmig die Verwaltung, ein Konzept zur Verkehrsberuhigung in den Straßen „Am Weiher“ und „Straußende“ zu erarbeiten und dieses dem Ausschuss zur Beratung vorzulegen.

8. Verkehrssituation auf der Josefstraße; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 08.01.2007

Ausschussmitglied Mandelartz erklärte für die SPD-Fraktion, dass er eine Ungleichbehandlung der Josefstraße zu der Verkehrssituation in der Straße „Zur Baumschule“ sehe. In der Verwaltungsvorlage zur Verkehrssituation in der Straße „Zur Baumschule“ werde von einem erhöhten Verkehrsaufkommen gesprochen, in der Josefstraße aber von einem niedrigen Verkehrsaufkommen. Allerdings würden Maßnahmen nur für die Straße „Zur Baumschule“ vorgeschlagen. Er fragte daher nach den Gründen für die Ungleichbehandlung der vorgeschlagenen Maßnahmen der Verwaltung.

I. und Techn. Beigeordnete Strauch erklärte hierzu, dass ein Unterschied darin bestehe, dass die Höchstgeschwindigkeit auf der Josefstraße 50 km/h betrage und in der Straße „Zur Baumschule“ lediglich 30 km/h.

Ein weiterer Unterschied liege darin, dass in der Straße „Zur Baumschule“ ca. 85 % der gemessenen Fahrzeuge schneller als 30 km/h fahren. Dagegen seien auf der Josefstraße lediglich 5 bis 10 % der Kraftfahrer schneller als 50 km/h gefahren. Ferner sei zu beachten, dass die Josefstraße eine Kreisstraße sei und der Kreis Aachen aufgrund der vorliegenden Messergebnisse keinen Bedarf sehe, hier verkehrsberuhigende Maßnahmen vorzunehmen.

Ausschussmitglied Mandelartz hob nochmals hervor, dass seine Fraktion den Beschlussvorschlag mittragen werde, er allerdings darauf Wert lege, dass die Verkehrssituation auf der Josefstraße weiter beobachtet werde.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 21.02.2007, TOP 7) beschloss der Ausschuss für Verkehr und Umwelt einstimmig, derzeit von geschwindigkeitsreduzierenden Maßnahmen auf der Josefstraße aufgrund der geringen Geschwindigkeitsüberschreitungen sowie des niedrigen Verkehrsaufkommens abzusehen und die Verkehrssituation weiter zu beobachten.

9. Verkehrssituation in der Straße „Zur Baumschule“

Ausschussmitglied Beckers begrüßte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die vorgelegte Planung, da sie radfahrerfreundlich sei aufgrund der neben den beiden Schwellen befindlichen Fahrgasse für Radfahrer.

Ausschussmitglied Zillgens bat die Verwaltung um Mitteilung, zu welchen Zeiten die Messungen vorgenommen wurden. Aus seiner Sicht sei die Ausweisung von Bodenschwellen - wie von der Verwaltung vorgeschlagen - auch für andere Straßen sinnvoll, sodass seine Fraktion sicherlich entsprechende Anträge stellen werde.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erklärte, dass die einzelnen Zahlen zurzeit nicht vorliegen würden, diese aber nachgereicht werden könnten. Er schätze, dass ca. 300 bis 400 Fahrzeuge am Tag diese Straße befahren.

Beschluss:

Die Mitglieder des Verkehrs- und Umweltausschusses beschlossen einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, in der Straße „Zur Baumschule“ innerhalb des Tempo-30-Zonen-Bereiches zwei Bodenschwellen gemäß der der Originalniederschrift als Anlage 1 beigefügten Planung einzubauen.

Der Bedarf für einen Verkehrsspiegel an der Einmündung Simon-Ohler-Straße /"Zur Baumschule" wurde nicht gesehen.

10. Verkehrsrechtliche Situation in der Verbindungsstraße zwischen der Straße „Im Kirchwinkel“ und Leostraße

Der Ausschuss für Verkehr und Umwelt beschloss einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, die Verbindungsstraße zwischen Leostraße und der Straße „Im Kirchwinkel“ durch einen Poller abzubinden.

11. Verbesserung der Sicherheit der Baesweiler Kreisverkehre; hier: Anregung nach § 24 GO NW

Ausschussmitglied Beckers merkte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, dass der Landesbetrieb Straßenbau NRW sinnvollerweise auch vom ADFC beraten werden sollte, da dieser für die Radverkehrsanlagen an Bundes- und Landstraßen ebenfalls zuständig sei.

Ferner erwähnte er, dass der „Schilderwald“ am Kreisverkehr Schmiedstraße mittlerweile durch den Landesbetrieb behoben worden sei.

Beschluss:

Der Verkehrs- und Umweltausschuss nahm zur Kenntnis, dass die Verwaltung von der Anregung, den ADAC Nordrhein-Westfalen an städtischen Planverfahren zu beteiligen, zukünftig bei problematischen Fällen unaufgefordert Gebrauch machen wird.

12. Ausweisung von Fußgängerüberwegen im Stadtgebiet Baesweiler

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erläuterte die Verwaltungsvorlage und hob insbesondere die folgenden Kriterien hervor, die für die Ausweisung der Standorte für Fußgängerüberwege zwischen der Verwaltung und der Polizei festgelegt worden sind:

- Fußgängerüberwege werden nur an den Stellen angelegt, an denen Fußgänger „gebündelt“ die Straße queren.
- Im Bereich des Fußgängerüberweges muss eine ortsfeste Beleuchtung vorhanden sein.
- Der Fußgängerüberweg soll entlang eines Schulweges liegen. Es muss eine besondere Gefahrensituation für Schulkinder vorliegen.
- Fußgängerüberwege sollen nur an Hauptverkehrsstraßen angelegt werden.

Herr I. und Techn. Beigeordneter Strauch hob hervor, dass die 6 vorgeschlagenen Standorte nicht abschließend seien, sondern die Erfahrungen hiermit abgewartet werden sollen, um dann zu entscheiden, ob auch andere Standorte in Frage kommen.

Ausschussmitglied Mohr begrüßte für die CDU-Fraktion die neue Empfehlung und erklärte, dass seine Fraktion der Ausweisung der 6 vorgeschlagenen Standorte zustimmen werde. Er hob noch hervor, dass diese 6 Standorte nicht abschließend zu sehen seien, sondern - sofern Bedarf vorliege - weitere Standorte ausgewählt werden könnten.

Ausschussmitglied Beckers begrüßte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die einfacher gewordene Möglichkeit, Fußgängerüberwege auszuweisen. Es sei hiermit eine größere Handlungsmöglichkeit für die Kommunen geschaffen worden.

Ausschussmitglied Zillgens begrüßte für die SPD-Fraktion ebenfalls die neuen Empfehlungen. Seine Fraktion werde daher die Gelegenheit nutzen, demnächst Anträge zu stellen, zusätzliche Fußgängerüberwege in Setterich im Bereich der Andreasschule und im Bereich der Banken auszuweisen.

Ausschussmitglied Mandelartz fragte an, an welcher Stelle an der Eschweilerstraße die Ausweisung eines Fußgängerüberweges geplant sei.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch antwortete hierzu, dass die derzeit genutzte Quermöglichkeit der Eschweilerstraße durch einen Fußgängerüberweg zusätzlich gesichert werden solle.

Beschluss:

Der Verkehrs- und Umweltausschuss beschloss einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, an folgenden Standorten im Stadtgebiet Baesweiler Fußgängerüberwege auszuweisen:

- Aldenhovener Straße / Wilhelmstraße
- Josefstraße / Grundschule Loverich
- Goethestraße / Lindenstraße
- Eschweilerstraße / Martinstraße
- Mariastraße / Grengracht
- Grabenstraße in Höhe der Friedensschule

Vor Ausweisung der Fußgängerüberwege in der Josefstraße und Goethestraße ist durch die Verwaltung die Zustimmung des zuständigen Straßenbaulastträgers einzuholen.

13. Abfallentsorgung;
hier: Neufassung der Satzung vom 24.03.2006 über die Abfallentsorgung
in der Stadt Baesweiler

Die Verkehrs- und Umweltausschuss beschloss einstimmig, dem Stadtrat zu empfehlen:

„Der Rat der Stadt Baesweiler beschließt die Neufassung der Satzung über die Abfallentsorgung in der vorliegenden Form. Die Änderung des Positivkataloges bedarf der Zustimmung des Kreises Aachen.“

14. Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltungen erfolgten nicht.

15. Anfragen von Ausschussmitgliedern

1. Ausschussmitglied Zillgens erklärte, dass seiner Erkenntnis nach an der Einmündung Urweg / Heinrich-Imbusch-Straße noch eine Fahrbahnschwelle gepflastert werden solle. Die Straße sei aufgrund verschiedener Löcher und herumliegender Steine derzeit nur sehr schlecht befahrbar, sodass er anfragte, zu welchem Zeitpunkt die Bodenschwelle gepflastert werde.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erklärte hierzu, dass der Urweg derzeit als Umleitungsstrecke von Bussen genutzt werde aufgrund der Bautätigkeiten am Kreisverkehr Ludwig-Erhard-Ring / Geilenkirchener Straße. Sobald die Arbeiten an dem Kreisverkehr fertig gestellt seien, werde auch die Bodenschwelle an der Einmündung Urweg / Heinrich-Imbusch-Straße gebaut werden können. Er rechne damit, dass dies in ca. 3 bis 4 Wochen geschehen könne. Herr Strauch sagte zu, vorab die herumliegenden Steine entfernen zu lassen bzw. die offenen Löcher in der Fahrbahn zu schließen.

2. Ausschussmitglied Nüßer erklärte, dass die Glascontainer vor dem Settericher Rathaus voll und schon seit längerem nicht mehr geleert worden seien. Er frage daher an, wann die nächste Leerung vorgenommen werden könne.

Herr I. und Techn. Beigeordnete Strauch erklärte hierzu, dass die Glascontainer turnusmäßig alle 2 Wochen geleert würden. Da der Container lt. Auskunft von Herrn Nüßer voll sei, werde eine entsprechende Leerung umgehend vorgenommen.